



Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2016



dbb
beamtenbund
und tarifunion

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion
Friedrichstraße 169 · 10117 Berlin

Daten/Analyse: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
Umfrage Juli 2016

Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb

Fotos: Gualtiero Boffi (Fotolia), Fotowerk (Fotolia), freshidea (Fotolia),
© Robert Kneschke (Fotolia)

Gestaltung: Benjamin Pohlmann

Herstellung: dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Stand: August 2016



Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2016



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Inhalt

Vorwort	3
---------	---

Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

Das Beamtenprofil	6
Einschätzung der Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen	8
Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	10

Staat und Privatisierung

Rolle des Staates	16
Kosten des öffentlichen Dienstes	18
Ausmaß der Bürokratie	20

2

Meinungen zum Föderalismus in Deutschland

Zahl der Bundesländer	24
Länderfinanzausgleich	26
Aufgaben des Bundesrats	28
Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern	29
Finanzausstattung der Kommunen	36
Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin?	37

Zusammenfassung	39
-----------------	----

Datengrundlage	41
----------------	----



Vorwort

Für die zehnte „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ haben wir 2016 die Gliederung der Untersuchung verschlankt und umstrukturiert, um zukünftig mehr Platz für aktuelle, jährlich wechselnde Umfragethemen zu schaffen.

In diesem Jahr haben wir uns eine kleine Bilanz „Zehn Jahre nach der Föderalismusreform“ vorgenommen. Das Meinungsforschungsinstitut forsa hat im Auftrag des dbb die deutsche Bevölkerung zu verschiedenen Aspekten des Verhältnisses zwischen

Bund, Ländern und Gemeinden befragt, von der Ländergliederung über den Finanzausgleich bis zur Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Auch wenn die Bundesbürger an der Ländergliederung und Kompetenzverteilung festhalten wollen, wünschen sie doch mehrheitlich einheitlichere Regelungen in vielen Bereichen, nicht zuletzt bei der Beamtenbesoldung.

Generell ist das Umfragefazit zum Image des öffentlichen Dienstes auch 2016 eindeutig: Die Bürger vertrauen dem öffentlichen Dienst und seinen Beschäftigten, diese gelten als bürgerfreundlich, leistungsfähig und – für die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen – unverzichtbar. Zudem sind 72 Prozent der Befragten überzeugt, dass nur ein starker Staat sie wirksam vor negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen kann. Kein Wunder also, dass inzwischen fast zwei Drittel der Deutschen die Staatsausgaben für den öffentlichen Dienst angemessen finden.

Berlin, im August 2016

Klaus Dauderstädt,
Bundesvorsitzender



Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung



Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

Das Beamtenprofil

Wie bereits in den Vorjahren wurden den Bundesbürgern auch in 2016 verschiedene Eigenschaften mit der Bitte vorgegeben, einzuschätzen, ob diese Eigenschaften ihrer Meinung nach auf die Beamten in Deutschland zutreffen oder nicht.

Die Mehrheit der Befragten stuft die Beamten als pflicht- und verantwortungsbewusst, als zuverlässig, kompetent, rechtschaffen und hilfsbereit ein. Etwa die Hälfte hält die Beamten für unbestechlich, jeder Dritte für flexibel.

Im Vergleich zum letzten Jahr werden die Beamten in diesem Jahr häufiger als kompetent, rechtschaffen und unbestechlich, seltener als pflichtbewusst eingestuft. Vergleicht man die aktuellen Werte mit dem Beamtenprofil von 2007, so zeigt sich, dass die Beamten aktuell deutlich häufiger als unbestechlich, kompetent und hilfsbereit gesehen werden.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten am ehesten die Eigenschaft „stur“ zugeschrieben. Rund ein Drittel hält die Beamten für mürisch bzw. arrogant, nur wenige halten sie für ängstlich, ungerecht, schlecht oder überflüssig.

2015 wurden den Beamten die eher negativen Eigenschaften – mit Ausnahme von stur – noch etwas seltener zugeschrieben. Im Vergleich zu 2007 allerdings werden die Beamten deutlich seltener als stur, arrogant, ungerecht oder überflüssig eingeschätzt.

Das Beamtenprofil 2016: Fremdbild

	Bevölkerung							
							Veränderung zu	
	2007	2008	2009	2014	2015	2016	2015	2007
	%	%	%	%	%	%		
pflichtbewusst	75	76	78	78	76	74	- 2	- 1
verantwortungs- bewusst	70	71	72	77	70	72	+ 2	+ 2
zuverlässig	66	67	70	73	69	68	- 1	+ 2
kompetent	59	60	64	70	63	65	+ 2	+ 6
rechtschaffen	67	67	70	71	64	65	+ 1	- 2
hilfsbereit	57	59	66	67	62	63	+ 1	+ 6
unbestechlich	37	38	45	48	45	48	+ 3	+ 11
flexibel	28	28	34	32	29	30	+ 1	+ 2
stur	54	51	48	45	42	42	0	- 12
mürrisch	-	-	-	34	30	33	+ 3	-
arrogant	41	40	33	31	30	32	+ 2	- 9
ängstlich	20	20	20	16	16	18	+ 2	- 2
ungerecht	26	21	20	17	15	17	+ 2	- 9
schlecht	-	-	-	5	6	8	+ 2	-
überflüssig	24	22	20	16	14	15	+ 1	- 9

Einschätzung der Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen

Seit 2011 werden die Befragten im Rahmen der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst gebeten, 16 öffentliche Einrichtungen nach ihrer Wichtigkeit einzuordnen, und die Arbeit der Einrichtungen anhand von Schulnoten zu bewerten. In diesem Jahr kam mit der Sozialversicherung noch eine 17. Einrichtung hinzu.

Nach wie vor werden die meisten öffentlichen Einrichtungen – allen voran Schulen, Krankenhäuser, Polizei und Kriminalpolizei, Gerichte, Kindergärten, Fachhochschulen und Universitäten, Straßenreinigung und Müllabfuhr – als wichtig erachtet.

Als am wenigsten wichtig werden Museen und Landesministerien erachtet.

Bei der Bewertung anhand von Schulnoten hat sich bei den verschiedenen Einrichtungen seit letztem Jahr kaum etwas geändert. Mit einer Bewertung von 1,9 werden wie bereits 2015 die Straßenreinigung und Müllabfuhr am besten bewertet, gefolgt von Kindergärten (2,0), Krankenhäusern, der Polizei sowie den Fachhochschulen und Universitäten (jeweils 2,2).

Am schlechtesten schneiden die Arbeitsämter (3,1) sowie die Ministerien auf Bundes- und Landesebene (jeweils 2,9) ab.

Wichtigkeit und Bewertung von Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand

	wichtig	unwichtig	Bewertung *)	
	%	%	2015	2016
Schulen	99	0	2,4	2,4
Krankenhäuser	99	0	2,3	2,2
Polizei, Kriminalpolizei	99	0	2,2	2,2
Gerichte	98	0	2,5	2,5
Kindergärten	97	1	2,1	2,0
Fachhochschulen, Universitäten	97	1	2,2	2,2
Straßenreinigung, Müllabfuhr	96	1	2,0	1,9
Sozialversicherung **)	93	2	–	2,4
Sozialämter	91	4	2,8	2,8
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	86	5	2,6	2,6
Arbeitsämter	83	8	3,2	3,1
Finanzämter	81	7	2,7	2,7
Bundesministerien	79	8	2,9	2,9
Bibliotheken	72	15	2,3	2,3
Hallenbäder, Freibäder	71	13	2,5	2,5
Museen	70	14	2,3	2,3
Landesministerien	67	14	2,9	2,9

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders wichtig noch besonders unwichtig“ bzw. „weiß nicht“

*) Bewertung anhand von Schulnoten; dargestellt ist jeweils der Mittelwert

**) neu in 2016

Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Wie bei allen neun vorherigen Bürgerbefragungen zum öffentlichen Dienst seit 2007 wurde auch bei der zehnten Befragung das Ansehen verschiedener Berufsgruppen ermittelt. Hierfür wurden den Befragten einzelne Berufsgruppen genannt mit der Bitte, jeweils anzugeben, ob sie von dieser Berufsgruppe ein hohes oder ein nicht so hohes Ansehen haben.

An der Spitze des Berufe-Rankings stehen wie bereits in den vergangenen Jahren die Feuerwehrleute, die Ärzte sowie die Kranken- und Altenpfleger, die bei nahezu allen Bürgern ein hohes Ansehen haben.

Das Ansehen der Beamten generell liegt 2016 mit 34 Prozent etwas unter dem Niveau des Vorjahres (-3 Prozentpunkte), aber noch deutlich über dem Ansehen von 2007 (+7 Prozentpunkte).

Ein höheres Ansehen als im letzten Jahr weisen aktuell Lokführer und Soldaten auf. Ein schlechteres Ansehen haben 2016 insbesondere Anwälte (-9 Prozentpunkte), Bankangestellte (-8 Prozentpunkte), Steuerberater (-7 Prozentpunkte) sowie EDV-Sachbearbeiter und Steuerbeamte (jeweils -5 Prozentpunkte).

Betrachtet man nicht nur die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr, sondern im Vergleich zur ersten Bürgerbefragung öffentlicher Dienst im Jahr 2007, dann ist insbesondere das Ansehen der Müllmänner (+10 Prozentpunkte), der Briefträger (+8 Prozentpunkte) und der Lehrer (+7 Prozentpunkte) gestiegen. Gesunken ist insbesondere das Ansehen der Steuerberater (-12 Prozentpunkte), von Managern (-11 Prozentpunkte), von Anwälten und Bankangestellten (jeweils -10 Prozentpunkte).

Ansehen einzelner Berufsgruppen *)

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen von:	2007 %	2015 %	2016 %	Veränderung 2016 zu	
				2015	2007
Feuerwehrlenten	90	95	93	-2	+3
Ärzten	86	90	87	-3	+1
Kranken-/Altenpflegern	85	90	87	-3	+2
Erziehern im Kindergarten/Kita ***)	**)	85	82	-3	–
Polizisten	78	84	82	-2	+4
Richtern	77	79	75	-4	-2
Piloten	**)	73	75	+2	–
Hochschulprofessoren	**)	74	70	-4	–
Lehrern	63	71	70	-1	+7
Müllabfuhr	63	77	73	-4	+10
Technikern	**)	66	63	-3	–
Dachdeckern	58	66	63	-3	+5
Soldaten	**)	58	61	+3	–
Lokführern	**)	57	61	+4	–
Justizvollzugsbeamten ****)	**)	58	58	0	–
Kanal-/Klärwerksmitarbeitern *****)	–	–	57	–	–
Briefträgern	52	63	60	-3	+8
Unternehmern	61	58	54	-4	-7
Studienräten	53	53	50	-3	-3
Anwälten	58	57	48	-9	-10
Journalisten	47	47	44	-3	-3
Steuerberatern	47	42	35	-7	-12
EDV-Sachbearbeitern	43	39	34	-5	-9
Beamten	27	37	34	-3	+7
Steuerbeamten	28	34	29	-5	+1
Bankangestellten	38	36	28	-8	-10
Managern	37	29	26	-3	-11
Politikern	20	24	24	0	+4
Gewerkschaftsfunktionären	23	26	24	-2	+1
Mitarbeitern einer Telefongesellschaft *****)	19	19	18	-1	-1
Mitarbeitern einer Werbeagentur	18	15	13	-2	-5
Versicherungsvertretern	11	12	9	-3	-2

*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

***) 2007 nicht abgefragt

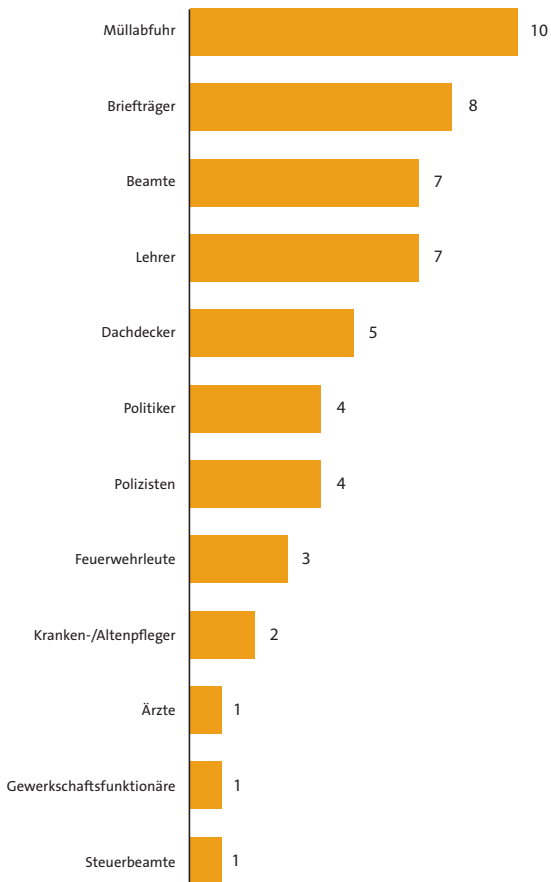
****) bis 2014: Kita-/Kindergartenmitarbeiter

*****) neu in 2014

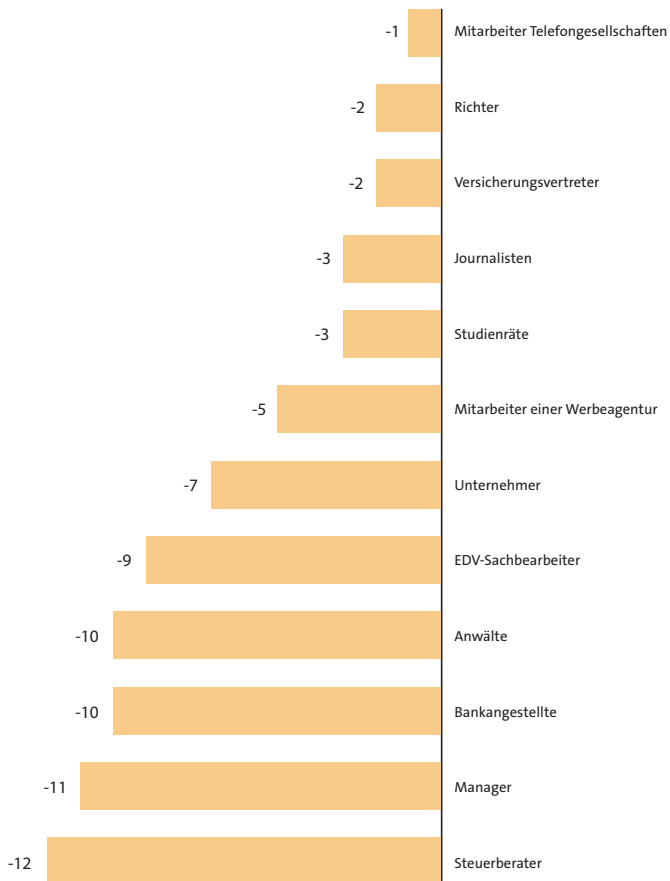
*****) neu in 2016

*****) bis 2011: Telekom-Mitarbeiter

„Gewinner“ in 2016 gegenüber 2007



„Verlierer“ in 2016 gegenüber 2007





Staat und Privatisierung



Staat und Privatisierung

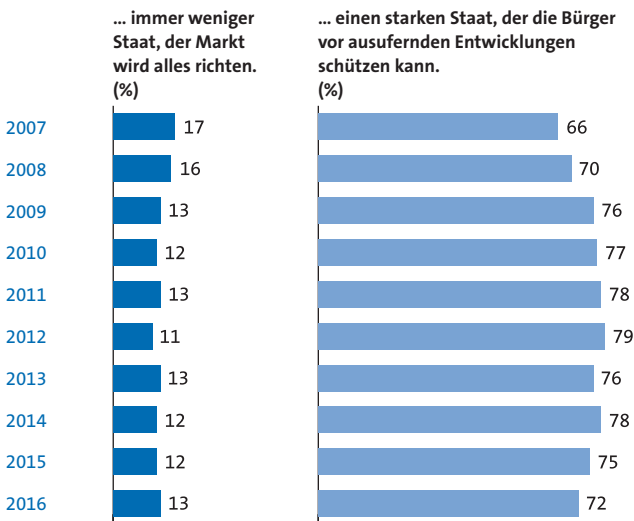
Rolle des Staates

Die Einschätzungen der Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft sind seit 2009 weitgehend konstant: So glauben aktuell nur 13 Prozent der Bürger, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat braucht, da der Markt alles richten wird. 72 Prozent hingegen glauben, dass in einer globalisierten Gesellschaft ein starker Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann, wichtig ist.

Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft im Zeitverlauf

Es stimmen der Auffassung zu:

In einer globalisierten Gesellschaft braucht man ...



Dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat braucht, da der Markt alles richten wird, glauben Selbstständige etwas häufiger als die anderen Berufsgruppen.

Einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann, halten insbesondere die Arbeiter für erforderlich.

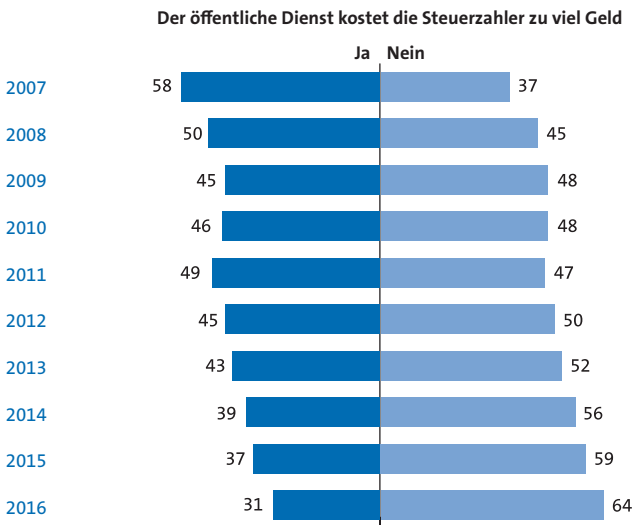
Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

	Es stimmen der Auffassung zu: In einer globalisierten Gesellschaft braucht man ...	
	... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten.	... einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann.
	%	%
insgesamt	13	72
Alter		
14- bis 29-Jährige	18	72
30- bis 44-Jährige	14	67
45- bis 59-Jährige	11	74
60 Jahre und älter	12	75
Beruf		
Arbeiter	11	81
Angestellte	14	70
Beamte	11	75
Selbstständige	18	75
Bildung		
Hauptschule	11	72
mittlerer Abschluss	17	74
Abitur, Studium	11	72

Kosten des öffentlichen Dienstes

Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet, meinen derzeit 31 Prozent der Bürger. Im Jahr 2007 lag dieser Anteil noch bei 58 Prozent und ist seither stetig geringer geworden.

Kosten des öffentlichen Dienstes im Zeitverlauf



Über 60-Jährige, Selbstständige sowie Befragte mit formal niedriger Bildung glauben überdurchschnittlich häufig, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste.

Kosten des öffentlichen Dienstes

	Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld.	
	ja	nein
	%	%
insgesamt	31	64
Alter		
14- bis 29-Jährige	16	81
30- bis 44-Jährige	28	65
45- bis 59-Jährige	33	64
60 Jahre und älter	38	58
Beruf		
Arbeiter	31	59
Angestellte	31	65
Beamte	13	85
Selbstständige	45	53
Bildung		
Hauptschule	46	47
mittlerer Abschluss	34	61
Abitur, Studium	28	69

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Ausmaß der Bürokratie

Aktuell meinen etwas mehr Befragte (61 Prozent) als noch im vergangenen Jahr, dass es zu viel staatliche Bürokratie in Deutschland gebe. 31 Prozent empfinden das Ausmaß staatlicher Bürokratie als gerade richtig.

Dass es zu viel staatliche Bürokratie in Deutschland gibt, meinen insbesondere die Angestellten und die Selbstständigen. Beamte stufen das Ausmaß der staatlichen Bürokratie überdurchschnittlich häufig als gerade richtig ein.

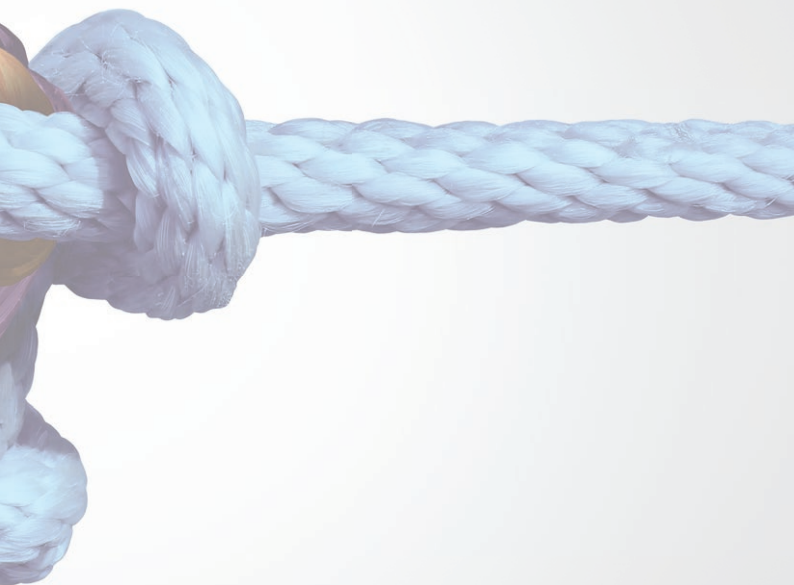
Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland

	Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland		
	zu viel	gerade richtig	zu wenig
	%	%	%
insgesamt: 2015	55	38	6
2016	61	31	6
14- bis 29-Jährige	49	45	5
30- bis 44-Jährige	66	23	9
45- bis 59-Jährige	66	28	3
60 Jahre und älter	59	33	5
Arbeiter	61	35	4
Angestellte	66	26	6
Beamte	56	38	6
Selbstständige	75	20	1
Hauptschule	66	25	6
mittlerer Abschluss	64	28	6
Abitur, Studium	60	33	5

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Meinungen zum Föderalismus in Deutschland



Meinungen zum Föderalismus in Deutschland

Zahl der Bundesländer

In regelmäßigen Abständen wird in Deutschland über eine Neuordnung der Länder, über Fusionen einzelner Länder (z. B. Berlin und Brandenburg, „Nord-Staat“ etc.) und über eine Reduzierung der Zahl der Bundesländer diskutiert.

Doch eine recht große Mehrheit der Bürger möchte an der heutigen Länderstruktur festhalten. Nur eine Minderheit hält es für sinnvoll, wenn es weniger Bundesländer als heute mit einer ungefähr gleichen Einwohnerzahl geben würde.

Eine Reduzierung der Zahl der Bundesländer befürworten noch am ehesten die älteren, über 60 Jahre alten Bundesbürger, die Selbstständigen sowie die Anhänger der AfD, der Linkspartei und vor allem der FDP.

An der Zahl der Länder wollen in überdurchschnittlichem Maße festhalten die jüngeren, unter 45 Jahre alten Bürger und die Bayern.

Zahl der Bundesländer

	Es sollte weniger Bundesländer als heute mit ungefähr gleicher Einwohnerzahl geben.		
	ja	nein, 16 Bundesländer sollten weiter bestehen bleiben	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	30	67	3
Nord *)	30	63	7
Nordrhein-Westfalen	30	69	1
Mitte	35	59	6
Bayern	25	71	4
Baden-Württemberg	33	67	0
Ost	28	70	2
14- bis 29-Jährige	16	82	2
30- bis 44-Jährige	17	79	4
45- bis 59-Jährige	30	67	3
60 Jahre und älter	46	52	2
Arbeiter	18	75	7
Angestellte	27	71	2
Beamte	30	68	2
Selbstständige	35	62	3
Hauptschule	29	69	2
mittlerer Abschluss	26	70	4
Abitur, Studium	34	63	3
Anhänger der: CDU/CSU	33	65	2
SPD	29	70	1
Linken	34	64	2
Grünen	26	69	5
FDP	44	54	2
AfD	39	56	5
Nichtwähler	19	79	2

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen

Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Ost = neue Länder inkl. Berlin

Auch die Minderheit derer, die sich für eine Reduzierung der Zahl der Bundesländer ausspricht, will überwiegend keine radikale Verringerung der Länderzahl. Die große Mehrheit derjenigen, die meinen, es sollte weniger als 16 Bundesländer geben, hält eine Zahl von 10 oder mehr Bundesländern für richtig.

Zahl der Bundesländer

Es sollte geben:	insgesamt	Ost	West
	%	%	%
bis 6 Bundesländer	16	14	16
7 bis 9 Bundesländer	12	13	11
10 Bundesländer	27	41	25
11 bis 12 Bundesländer	23	21	24
mehr als 12 Bundesländer	13	6	14
weiß nicht	9	5	10

Basis: Diejenigen, die meinen, dass es weniger als 16 Bundesländer geben sollte.

Länderfinanzausgleich

Ein immer wieder zwischen den einzelnen Bundesländern diskutierter Streitpunkt ist der Länderfinanzausgleich. Doch an diesem Finanzausgleich wollen die meisten – über drei Viertel – der Bundesbürger festhalten. Nur eine Minderheit fände es richtig, den Finanzausgleich zwischen armen und reichen Bundesländern abzuschaffen, sodass jedes Bundesland mit den ihm zur Verfügung stehenden Finanzen zurechtkommen müsste.

Für die Beibehaltung des bestehenden Länderfinanzausgleichs sprechen sich häufiger die unter 30-jährigen Befragten, die Befragten mit weiterführenden Schulabschlüssen (Abitur oder Studium) sowie die Anhänger der Grünen und der Linkspartei aus.

Für eine Abschaffung sprechen sich noch am ehesten die Bewohner der eher reichen Länder Baden-Württemberg und Bayern sowie die Anhänger der AfD aus. Für eine Beibehaltung sind in überdurchschnittlichem Maße die Bewohner der Nord-Länder (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen) sowie der neuen Bundesländer.

Länderfinanzausgleich

	Die heutige Form des Finanzausgleichs zwischen den armen und reichen Bundesländern finden richtig		
	ja	nein, jedes Land sollte mit seinen Finanzen selbst zurechtkommen	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	76	22	2
Nord *)	85	12	3
Nordrhein-Westfalen	79	18	3
Mitte	75	23	2
Bayern	65	33	2
Baden-Württemberg	61	36	3
Ost	86	13	1
14- bis 29-Jährige	83	15	2
30- bis 44-Jährige	77	20	3
45- bis 59-Jährige	75	22	3
60 Jahre und älter	73	25	2
Arbeiter	63	35	2
Angestellte	76	22	2
Beamte	76	21	3
Selbstständige	79	18	3
Rentner	72	26	2
Hauptschule	65	32	3
mittlerer Abschluss	73	25	2
Abitur, Studium	80	18	2
Anhänger der: CDU/CSU	76	21	3
SPD	82	17	1
Linken	89	10	1
Grünen	86	12	2
FDP	74	26	0
AfD	54	45	1
Nichtwähler	67	30	3

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen
 Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
 Ost = neue Länder inkl. Berlin

Aufgaben des Bundesrats

Der Bundesrat ist als „Länderkammer“ geschaffen worden, in der die Bundesländer ihre Interessen bei der Gesetzgebung gegenüber dem Bundestag vertreten sollten. Zunehmend wird der Bundesrat aber auch als politisches Gremium betrachtet, wo eher nach Partei- als nach Länderinteressen abgestimmt wird.

Das findet aber nur eine Minderheit der Bundesbürger richtig. Die Mehrheit plädiert dafür, dass im Bundesrat nur die Interessen der Länder ohne Berücksichtigung der parteipolitischen Interessen eine Rolle spielen sollen.

Diese Einschätzung unterscheidet sich zwischen den einzelnen Bevölkerungs- und Wählergruppen nur in Nuancen.

„Länderkammer“ Bundesrat

	Im Bundesrat sollten nur die Interessen der Länder ohne Berücksichtigung der parteipolitischen Interessen eine Rolle spielen.	
	ja %	nein, auch die parteipolitische Ausrichtung der einzelnen Länder sollte eine Rolle spielen %
insgesamt	61	33
Arbeiter	56	36
Angestellte	64	31
Beamte	64	28
Selbstständige	69	28
Rentner	64	29
Hauptschule	56	37
mittlerer Abschluss	57	37
Abitur, Studium	67	28
Anhänger der: CDU/CSU	57	39
SPD	60	34
Linken	67	30
Grünen	64	30
FDP	65	32
AfD	64	29
Nichtwähler	66	27

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern

Die Mehrheit der Bundesbürger ist auch der Meinung, dass sich die bestehende Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern bewährt hat. Nur eine Minderheit würde es für richtig halten, dass sich an dieser Gewaltenteilung zugunsten des Bundes etwas ändern sollte.

Häufiger als der Durchschnitt aller Bundesbürger sind die über 60-Jährigen, die Hauptschulabsolventen, die Ostdeutschen, die AfD-Anhänger und die Nichtwähler für eine stärkere Zentralisierung zugunsten des Bundes.

Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern

	Die bestehende Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern hat sich bewährt.		
	ja	nein, man sollte zugunsten des Bundes etwas ändern	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	61	29	10
Nord *)	65	22	13
Nordrhein-Westfalen	57	31	12
Mitte	63	26	11
Bayern	72	18	10
Baden-Württemberg	60	29	11
Ost	50	40	10
14- bis 29-Jährige	77	11	12
30- bis 44-Jährige	61	27	12
45- bis 59-Jährige	60	30	10
60 Jahre und älter	54	36	10
Arbeiter	62	25	13
Angestellte	60	28	12
Beamte	78	20	2
Selbstständige	62	30	8
Rentner	53	36	11
Hauptschule	43	38	19
mittlerer Abschluss	55	32	13
Abitur, Studium	68	25	7
Anhänger der: CDU/CSU	72	20	8
SPD	67	24	9
Linken	58	29	13
Grünen	72	20	8
FDP	63	29	8
AfD	55	37	8
Nichtwähler	42	41	17

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen
 Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
 Ost = neue Länder inkl. Berlin

Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern

Die Bundesbürger wurden gebeten, einige der Aufgaben zu nennen, über die jedes Bundesland eigenständig entscheiden kann.

Auffallend viele – 33 Prozent der Befragten – können überhaupt keinen Bereich nennen, über den jedes Bundesland eigenständig entscheiden kann.

Am häufigsten nennen die Befragten das Bildungswesen (50 Prozent) als Aufgabenbereich der Länder.

15 Prozent nennen die Innere Sicherheit bzw. Polizei, 13 Prozent Infrastruktur und Verkehr, 9 Prozent Kultur als Aufgabenbereich der Länder. 7 Prozent sagen, die Länderfinanzen seien Aufgabenbereiche der Länder.

Weitere, von jeweils nur wenigen Befragten (zwischen 4 und 2 Prozent) genannte Bereiche waren Umwelt und Landwirtschaft, Steuern, Justiz, Kinderbetreuung bzw. Kitas, Bauwesen, Flüchtlingspolitik und -hilfe, Soziales (wie Kindergeld, Sozialhilfe, Familienförderung), Wirtschaftsförderung sowie das Gesundheitswesen.

Aufgaben der Bundesländer

	%
Bildung	50
Innere Sicherheit, Polizei	15
Infrastruktur, Verkehr	13
Kultur	9
Finanzen, Länderfinanzhaushalt	7
Umwelt, Landwirtschaft	4
Steuern	3
Justiz	3
Kinderbetreuung, Kitas	3
Bauwesen	3
Flüchtlingspolitik, -hilfe	2
Soziales	2
Wirtschaft	2
Gesundheitswesen	2
weiß nicht	33

Offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 2 Prozent

Obwohl die große Mehrheit der Bundesbürger an der heutigen Länderstruktur und der bestehenden Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern nichts ändern möchte, sollte der Bund nach Meinung eines beachtlichen Teils der Bürger für die Erledigung einer ganzen Reihe von Aufgaben zuständig sein. Das gilt vor allem für die Äußere Sicherheit, den Luftverkehr und den Strafvollzug. Für die Aufgaben sollte nach Meinung von rund 70 bzw. mehr Prozent allein der Bund zuständig sein. Über bzw. rund 60 Prozent fänden es auch richtig, dass der Bund für das Pass- und Meldewesen, den Schienenverkehr, die Steuer- und Finanzpolitik und die Beamtenbesoldung zuständig sein sollte. Und mehr als die Hälfte der Bundesbürger möchte, dass der Bund grundsätzlich für die Polizei und die Innere Sicherheit sowie die Schulen und Hochschulen zuständig sein sollte. Dass die Länder für diese Aufgaben zuständig sein sollten, meint bei fast allen Aufgaben nur eine Minderheit von 10 bis 20 Prozent. Selbst die Zuständigkeit für die Bildungspolitik möchten nur 26 Prozent allein bei den Ländern angesiedelt sehen.

Nur bei drei Aufgaben – Ladenschlusszeiten, Bauordnung und Kultur – möchte die Mehrheit der Bundesbürger die Zuständigkeiten alleine bei den Ländern sehen.

Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern

	Zuständig sein sollte insgesamt		
	Bund %	Länder %	beide %
Äußere Sicherheit	74	10	15
Luftverkehr	70	13	15
Strafvollzug	67	16	15
Pass- und Meldewesen	66	19	14
Schienenverkehr	63	15	22
Steuer- und Finanzpolitik	63	14	22
Beamtenbesoldung	59	21	17
Schulen und Hochschulen	54	26	20
Polizei und Innere Sicherheit	53	20	26
Öffentliches Gesundheitswesen	44	32	22
Straßen	42	28	30
Bauordnung	32	49	16
Ladenschlusszeiten	31	55	12
Sportpolitik und -förderung	32	43	23
Kultur	17	63	19

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass der Bund und nicht die Länder für die Beamtenbesoldung zuständig sein sollte, möchte eine Mehrheit in allen Regionen und allen Bevölkerungs- und Wählergruppen.

Zuständigkeit bei der Beamtenbesoldung

	Zuständig sein sollte		
	Bund	Länder	beide
	%	%	%
insgesamt	59	21	17
Nord *)	60	20	18
Nordrhein-Westfalen	63	16	17
Mitte	59	18	20
Bayern	55	29	15
Baden-Württemberg	54	27	16
Ost	62	19	16
Hauptschule	53	25	16
mittlerer Abschluss	59	19	19
Abitur, Studium	63	20	15
Anhänger der: CDU/CSU	54	24	19
SPD	63	18	17
Linken	67	21	9
Grünen	56	23	19
FDP	61	21	17
AfD	69	25	5
Nichtwähler	55	21	21

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen

Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Ost = neue Länder inkl. Berlin

Die Besoldung der Beamten sollte überdies nach Meinung von rund drei Viertel der Bundesbürger in allen Bundesländern einheitlich geregelt werden.

Besoldung von Beamten in den Bundesländern

	Die Besoldung der Beamten sollte wie bei den meisten Tarifangehörigen in allen Bundesländern einheitlich geregelt werden.	
	ja %	nein %
insgesamt	76	22
Nord *)	71	27
Nordrhein-Westfalen	83	14
Mitte	77	22
Bayern	66	32
Baden-Württemberg	68	32
Ost	87	13
Arbeiter	77	23
Angestellte	72	27
Beamte	72	28
Selbstständige	69	29
Rentner	86	13
Anhänger der: CDU/CSU	74	24
SPD	78	21
Linken	69	29
Grünen	74	24
FDP	74	26
AfD	78	21
Nichtwähler	78	22

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen
 Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
 Ost = neue Länder inkl. Berlin

Finanzausstattung der Kommunen

Dass die Kommunen genügend Einnahmen haben, um die ihnen vom Bund bzw. den Ländern übertragenen Aufgaben auch ordentlich bewältigen zu können, glauben nur ganz wenige Bundesbürger. Die große Mehrheit ist der Auffassung, dass Bund und Länder den Städten und Gemeinden mehr Geld zur Verfügung stellen müssten.

Diese Einschätzung unterscheidet sich in den einzelnen Regionen sowie den Bevölkerungs- und Wählergruppen nur unwesentlich.

Finanzausstattung der Kommunen

	Städte und Gemeinden haben genügend Einnahmen, um die ihnen übertragenen Aufgaben auch ordentlich zu bewältigen		
	ja	nein, Bund und Länder müssten ihnen mehr Geld zuweisen	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	9	81	10
Nord *)	11	79	10
Nordrhein-Westfalen	8	84	8
Mitte	8	82	10
Bayern	8	79	13
Baden-Württemberg	10	81	9
Ost	10	79	11
Arbeiter	5	87	8
Angestellte	7	85	8
Beamte	11	82	7
Selbstständige	9	74	17
Rentner	6	84	10
Anhänger der: CDU/CSU	14	79	7
SPD	6	83	11
Linken	8	78	14
Grünen	7	83	10
FDP	7	86	7
AfD	9	86	5
Nichtwähler	7	82	11

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen

Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Ost = neue Länder inkl. Berlin

Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin?

Beim Beschluss, Berlin wieder zur Hauptstadt und zum Sitz der Bundesregierung im wiedervereinten Deutschland zu machen, behielten einige Ministerien ihren Sitz in Bonn.

Rund die Hälfte aller Bundesbürger hält das heute nicht mehr für richtig und spricht sich dafür aus, dass nunmehr alle Ministerien von Bonn nach Berlin verlegt werden. Allerdings ist der Anteil derer, die gegen einen Umzug nach Berlin ist, mit 43 Prozent noch recht groß.

Überdurchschnittlich häufig für einen Verbleib der jetzt in Bonn noch angesiedelten Ministerien sind die Arbeiter, die Beamten, die Bayern und die Grünen.

Für einen Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin sind in überdurchschnittlichem Maße die Rentner sowie die Ostdeutschen.

Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin?

	Alle Ministerien sollten von Bonn nach Berlin verlegt werden.	
	ja	nein
	%	%
insgesamt	50	43
Nord *)	52	42
Nordrhein-Westfalen	48	46
Mitte	48	46
Bayern	42	50
Baden-Württemberg	47	46
Ost	62	32
Arbeiter	39	59
Angestellte	52	40
Beamte	41	48
Selbstständige	58	38
Rentner	62	34
Anhänger der: CDU/CSU	47	47
SPD	51	45
Linken	61	28
Grünen	48	45
FDP	51	46
AfD	61	37
Nichtwähler	43	47

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

*) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen

Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Ost = neue Länder inkl. Berlin

Zusammenfassung

Trotz der immer wieder geführten Diskussionen über eine Länderneuordnung und die Schaffung von Bundesländern mit ungefähr gleicher Einwohnerzahl sowie über konkret vorliegende Pläne (wie die Fusion von Berlin und Brandenburg oder einem „Nordstaat“) ist eine große Mehrheit der Bundesbürger der Meinung, dass es bei den heutigen 16 Bundesländern in ihrer derzeitigen Form bleiben sollte. Befürwortet wird von einer großen Mehrheit auch die heutige Form des Finanzausgleichs zwischen armen und reichen Bundesländern.

Die bestehende Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern hat sich ebenfalls nach Meinung der Mehrheit der Bürger bewährt und sollte nicht geändert werden. Bemerkenswert ist allerdings, dass eine Mehrheit die bestehende Gewaltenteilung für richtig hält, obwohl nur wenige genaue Vorstellungen darüber haben, welche Aufgaben die Länder eigentlich wahrnehmen: Ein Drittel kann überhaupt keine Aufgabe angeben, für die die Länder zuständig sind, und ansonsten weiß eine größere Zahl der Bundesbürger nur, dass die Bildung Ländersache ist.

In gewissem Widerspruch zur generellen Akzeptanz der Länder steht auch, dass die Bundesbürger mehrheitlich für viele Aufgaben den Bund und nicht die Länder zuständig sehen möchten. Lediglich für die Ladenschlusszeiten, die Bauordnung und die Kultur sollten nach Meinung einer Mehrheit der Bürger die Länder und nicht der Bund zuständig sein.

Eine große Mehrheit der Bundesbürger befürwortet auch, im Gegensatz zur heutigen Situation, eine einheitliche Beamtenbesoldung in allen Bundesländern.

Kritisch gesehen wird von einer Mehrheit der Bundesbürger der „Missbrauch“ der „Länderkammer“ Bundesrat als parteipolitisches Instrument. Dass eine Mehrheit wünscht, der Bundesrat solle sich darauf beschränken, die ihm eigentlich vorgesehene Aufgabe, nämlich die Interessen der Länder im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu vertreten, wahrzunehmen, stimmt im Übrigen mit der Erfahrung überein, die die Parteien machen mussten, die die Rolle des Bundesrats und die parteipolitischen Mehrheiten in diesem Gremium zu einem Thema im Wahlkampf gemacht haben. Das Thema Bundesrat hat bei keiner Wahl eine Rolle gespielt.

Kritisch wird von vielen Bürgern die Finanzausstattung der Kommunen bewertet, sodass eine große Mehrheit größere Geldzuweisungen als heute von Bund und Ländern an die Städte und Gemeinden für wünschenswert hält.

In den ersten acht Jahren der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst konnte sich das Bild des öffentlichen Dienstes kontinuierlich verbessern. Dieser Trend hat sich im letzten Jahr leicht abgeschwächt.

An der Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener öffentlicher Einrichtungen und Behörden hat sich in den ganzen Jahren gleichwohl nichts geändert: Nahezu alle halten Schulen, Krankenhäuser, Polizei, Gerichte, Kindergärten, Fachhochschulen und Universitäten, die Straßenreinigung und Müllabfuhr für sehr wichtig.

Beim Berufe-Ranking zeigt sich in diesem Jahr, dass mit Ausnahme der Piloten und Lokführer (deren Werte 2015 deutlich schlechter geworden waren) sowie der Soldaten alle Berufe nicht mehr so hohe Vertrauenswerte wie noch im letzten Jahr erhalten.

Die fast durchgängig zu beobachtende Verschlechterung des Ansehens der meisten Berufsgruppen dürfte Folge eines generellen Unmuts bei den Bürgern sein, der dadurch entstanden ist, dass Medien und politische Akteure sich mehr mit Randgruppen wie „Pegida“ oder der AfD als mit den Befindlichkeiten der Mehrheit der Bürger befasst haben. Die Mehrheit des „Volks“ fühlt sich dadurch kaum noch in der öffentlichen Debatte vertreten. Die „gehätschelten“ Randgruppen aber sind notorische Nörgler – wie der Vergleich der Vertrauenswerte der AfD-Anhänger mit den Werten der Gesamtbevölkerung bei einzelnen Berufsgruppen eindrucksvoll zeigt.

Die Einschätzung der Rolle des Staates generell hat sich auch bei der zehnten Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst nicht verändert: Ein starker, die gesellschaftlichen Prozesse regulierender Staat wird unverändert von der großen Mehrheit der Bevölkerung für richtig gehalten.

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Jahr 2016 zum zehnten Mal untersucht, wie der öffentliche Dienst von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wahrgenommen wird. Zum zehnten Jubiläum der „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ sollte zudem herausgefunden werden, welche Einstellungen die Bundesbürger zum Föderalismus in Deutschland haben.

Die Erhebung für diese zehnte Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst fand im Mai und Juni 2016 statt. Befragt wurden 2.003 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger mithilfe computergestützter Telefoninterviews.

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre darstellen.

Die dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragbar.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen zehnten Bürgerbefragung öffentlicher Dienst auch – soweit möglich – mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.



dbb
beamtenbund
und tarifunion